



# Die Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen

## Eine Chance für politische Parteien?

**CHRISTIAN KROLL**  
Oktober 2011

- In vielen Ländern der Erde wird derzeit intensiv debattiert, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlergehen gemessen werden soll. Dieses Policy Paper knüpft an die Studie »Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen« (Kroll 2011a) an und zeigt auf, welche Folgen der internationale Fortschrittsdiskurs für politische Akteure haben wird.
- Durch die neuen, derzeit in zahlreichen Ländern erarbeiteten Indikatorensysteme zum nationalen Wohlergehen zeichnen sich sechs tiefgreifende Konsequenzen für politische Akteure ab: (1) Eine neue Kultur der Rechenschaft erhält Einzug in der Politik, (2) politische Debatten werden wieder auf eine sachlichere Basis gestellt und (3) evidenzbasierte Politikmaßnahmen resultieren aus der prominenteren Rolle von Indikatoren des Wohlergehens.
- Besonders für Parteien bieten sich eine Reihe von Chancen: (4) Sie erhalten eine ausgezeichnete Möglichkeit, eine übergeordnete Narrative zu entwickeln, und (5) die Trennlinien zwischen den Parteien werden wieder klarer erkennbar. (6) Schließlich können die zugänglichen Themen des aktuellen Diskurses dem Politikverdruss entgegenwirken und wieder mehr Menschen für Fragen des Zusammenlebens begeistern.
- Exemplarisch für die obigen Entwicklungen wird in diesem Policy Paper ein »sozialdemokratisches Indikatorensystem« entwickelt, welches den Markenkern der Sozialdemokratie verdeutlicht.





## Inhalt

<b>1. Folgen des internationalen Fortschrittsdiskurses für politische Akteure</b> .....	<b>3</b>
1.1. Eine neue Kultur der Rechenschaft in der Politik .....	3
1.2. Politik wird sachlicher .....	3
1.3. Evidenzbasierte Politikmaßnahmen als Basis von Entscheidungen .....	4
1.4. Übergeordnete Narrative wird wieder deutlich .....	4
1.5. Trennlinien zwischen den Parteien werden wieder klarer erkennbar .....	4
1.6. Interesse beim Wahlvolk für Fragen des Zusammenlebens statt Politikverdruss ..	5
<b>2. Ein sozialdemokratisches Indikatorensystem?</b> .....	<b>5</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>7</b>



## 1. Folgen des internationalen Fortschrittsdiskurses für politische Akteure

Dieses Policy Paper greift bestimmte Aspekte der Studie »Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen« (Kroll 2011a) auf und beschäftigt sich gezielt mit den möglichen Auswirkungen des darin beschriebenen internationalen Diskurses auf politische Parteien. Die genannte Studie hat gezeigt, dass rund um den Globus derzeit entscheidenden Fragen wieder neu nachgegangen wird: Wann ist eine Gesellschaft eine »Gute Gesellschaft«? Was macht unseren Fortschritt und unser Wohlergehen aus, wie können wir so etwas messen und verbessern? Wann hat unsere Politik Erfolg, wann geht sie in die falsche Richtung? Solche wichtigen Debatten werden in einer Reihe von Ländern an nationalen runden Tischen untersucht, die Indikatorensysteme zum nationalen Wohlergehen entwickeln sollen, welche in der Lage sind, die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Die dabei zu Tage tretenden Ansätze reichen von Auflistungen von Einzelindikatoren in Form von Armaturenbrettern, sog. *dashboards* wie den *Measures of Australia's Progress* oder in der *State of the USA-Initiative*, bis hin zu einem Gesamtindex des Wohlergehens wie etwa dem *Canadian Index of Well-Being*. Vorgesehen ist jedoch bei allen Initiativen in diesem Bereich, dass die entwickelten Indikatorensysteme zum nationalen Wohlergehen am Ende einen zentralen Platz in der Sozialberichterstattung der jeweiligen Länder einnehmen. Sie sollen so Politikern wie auch Wählern regelmäßig Auskunft darüber geben, wie es um den Fortschritt im Land bestellt ist.

Dabei drängt sich die Frage auf, welche Folgen sich aus solchen Plänen für die Politik ergeben werden? Haben die gegenwärtigen Diskurse und Entwicklungen langfristige Auswirkungen für die Rolle und Arbeit von politischen Parteien? Die Antwort ist: Ja, eindeutig. Sechs bedeutende Konsequenzen werden sich dabei abzeichnen, wenn die aktuellen Anstrengungen mit Energie zu Ende gebracht werden. Winston Churchill befand zwar einst in der für ihn typischen Manier, dass Prognosen immer schwierig seien, vor allem wenn diese in die Zukunft gerichtet seien. Nichtsdestotrotz fassen die folgenden sechs Thesen ein Szenario zusammen, welches sich in einer Vielzahl von Ländern bereits in seinen Anfängen materialisiert.<sup>1</sup>

1. Für eine themenverwandte Diskussion siehe auch: Kroll (2011b).

### 1.1 Eine neue Kultur der Rechenschaft in der Politik

Durch die Installation von Indikatorensystemen nationalen Wohlergehens entsteht eine neue Kultur der Rechenschaft in der Politik. Die regelmäßige Veröffentlichung von zentralen Maßzahlen lässt den Wähler besser erkennen, inwiefern die Regierung die für eine Gesellschaft als bedeutsam identifizierten Ziele erreicht. Gleichzeitig bieten die Indikatoren den Entscheidungsträgern wichtige Informationen darüber, in welche Problembereiche die endlichen Ressourcen eines Landes investiert werden sollten. Zur institutionellen Verankerung der Rechenschaftskultur sind über die reine Publikation der Indikatoren hinaus auch verpflichtende, regelmäßige Stellungnahmen führender Politiker wünschenswert. Der Rechenschaftsbericht *Canada's Performance*, welcher vom dortigen *Treasury Board* erstellt und dem nationalen Parlament vorgelegt wird, kann hier ein Vorbild sein. Diese Publikation ermöglicht seit inzwischen zehn Jahren eine transparente und faktenbasierte Debatte. Denn sie gibt Auskunft darüber, wie sich 32 zentrale Indikatoren aus den vier Bereichen *Economic Affairs*, *Social Affairs*, *International Affairs* und *Government Affairs* entwickeln und vor allem auch darüber, wofür die Regierung in dem jeweiligen Bereich wie viel Geld ausgibt. Denkbar ist für die Zukunft auch eine jährliche »indikatorenbasierte *State of the Union-Rede*« eines hochrangigen Politikers, welche die Entwicklungen in den gewählten zentralen Indikatoren sachbezogen kommentiert, in erklärender Weise Stellung nimmt und Vorhaben der Regierung zur Lösung der dabei identifizierten Probleme skizziert.<sup>2</sup>

### 1.2 Politik wird sachlicher

Durch den Fokus auf nachvollziehbare und akzeptierte Messgrößen als Gradmesser für politisches Handeln wird die Debatte wieder entscheidend versachlicht. Je weiter die Indikatoren in das Zentrum des politischen Diskurses rücken, desto stärker wird es dabei um Sachargumente und Strategien zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele gehen. Natürlich ist es auch ein Risiko für alle po-

2. Dank gilt Oliver Schmolke für konstruktive Ideen zur »indikatorenbasierten *State of the Union-Rede*«. Siehe auch entsprechende Vorschläge dazu in (Kroh 2011) u. a. zu einer »*State of the State address*« sowie Vorschlägen zur regelmäßigen Stellungnahme von Regierungen in (Conseil d'Analyse Economique & Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2010). Ein »Sachverständigenrat für Fragen der nachhaltigen Lebensqualität« im Bundeskanzleramt wird vorgeschlagen in Wagner (2011).

litischen Akteure, sich an klar nachvollziehbaren und transparenten Indikatoren messen zu lassen. Aber dies erscheint allemal besser als die Alternative, nämlich auf solche umfassenderen Indikatorensysteme zu verzichten. Ansonsten werden Wahlentscheidungen unter dem dominierenden Eindruck einzig der (zweifelsohne wichtigen aber nicht ausreichenden) Maßzahlen der Arbeitslosenquote und des BIP gefällt, die bei der Bewertung von Regierungsarbeit durch Medien und Öffentlichkeit immer noch im Zentrum stehen. Hinzu kommt eine diffuse Mischung aus politischer (Wechsel-)Stimmung und dem Charisma der Spitzenkandidaten, welche den Ausgang einer Wahl entscheiden. Diese von vermeintlich vielen geschätzten Faktoren würden keineswegs wegfallen durch eine stärkere Betonung von Indikatoren des nationalen Wohlergehens, sondern lediglich sinnvoll ergänzt werden und den politischen Austausch wieder auf eine sachlichere Basis stellen.

### 1.3 Evidenzbasierte Politikmaßnahmen als Basis von Entscheidungen und Gesetzesfolgenabschätzung

Eine prominentere Rolle von Indikatoren des Wohlergehens in der Politik kann politische Entscheidungen in ihrer Effektivität und Zielgenauigkeit verbessern. So können beispielsweise die als wichtig identifizierten Dimensionen des Wohlergehens in den einzelnen Ländern als Basis für die Evaluation von Politikmaßnahmen fungieren. Erste Versuche gibt es hier bereits im sog. *Green Book*, in welchem das britische *Treasury* die Richtlinien für die Bewertung von politischen Maßnahmen zusammenfasst. Dabei kann ein Fokus auf erweiterte Faktoren der Lebensqualität, wie etwa der subjektiven Zufriedenheit der Bürger mit ihrem Leben, die sozialen Auswirkungen von Politikmaßnahmen überprüfbar machen und die Allokation von Ressourcen wirksam informieren (Fujiwara & Campbell 2011). Genauso sollte für die Planung zukünftiger Politikmaßnahmen eine Gesetzesfolgenabschätzung in Bezug auf die als wichtig erkorenen Indikatoren der Lebensqualität stattfinden. Das derzeit entstehende *Policy Screening Tool* für *Gross National Happiness* in Bhutan, das im US-Bundesstaat Oregon diskutierte *Impact Statement* oder auch in Bezug auf Nachhaltigkeit die Gesetzesfolgenabschätzung des deutschen Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung bilden hier erste abstimmungswürdige Ansätze, wie Lebensqualität in Zukunft systematisch in den Entstehungsprozess von Politikmaßnahmen

miteinbezogen werden könnte. Schließlich ist es denkbar, dass regionale Strukturpolitik neu definiert wird, indem die Deprivation von Gegenden anhand der Vielzahl von als wichtig erachteten Wohlergehensdimensionen eines nationalen *dashboards* oder Indexes gemessen wird, und es somit eine breitere Basis für zukünftige Entscheidungen gibt.

### 1.4 Übergeordnete Narrative wird wieder deutlich

Die gegenwärtigen Diskurse bieten politischen Akteuren ausgezeichnete Möglichkeiten, eine übergeordnete Narrative zu entwickeln und dem Wähler klarzumachen, zu welchen Endergebnissen die einzelnen Elemente ihrer Politikmaßnahmen summiert werden sollen. Jenseits von Steuer- und Abgabekonzepten können so die größeren Zusammenhänge anhand von besonders wichtigen Indikatoren, die es zu verbessern gilt, wieder deutlicher zum Vorschein kommen. Solche grundlegenden Debatten können einen effektiven Rahmen bilden für das »Klein-Klein« der Alltagspolitik rund um Steuermodelle und Freibeträge. Sie bieten für die Parteien die Chance, wieder ein Gesamtkonzept darzustellen und die »langen Linien« kohärent darzustellen, indem Schwerpunkte und Ziele in bestimmten Dimensionen des Wohlergehens formuliert werden.

### 1.5. Trennlinien zwischen den Parteien werden wieder klarer erkennbar

Folge des Diskurses um die Messung der Lebensqualität wird auch sein, dass Parteien zu diesem Begriff Stellung nehmen und ihn für sich und den Wähler definieren müssen. Unter Benennung der Hauptindikatoren können politische Akteure so Position darüber beziehen, was für sie eine »Gute Gesellschaft« ausmacht. Ist es eine Gesellschaft mit hoher Einkommensgleichheit? Wo liegen die spezifischen Prioritäten der Parteien, was wollen sie insbesondere verbessern? Die Leitbilder und Gesellschaftsvisionen werden somit wieder klarer herausgestellt. Zentrale Unterschiede werden sich derweil nicht nur auf die Indikatoren beschränken (besonders dort wo, quer durch alle Fraktionen, großer Konsens besteht, wie etwa bei der Frage der Mehrung des mittleren Einkommens oder des subjektiven Wohlbefindens), sondern vor allem auch in den *Strategien*, die zur Erreichung dieser Ziele führen.

Nichtsdestotrotz werden Diskrepanzen in den schwerpunktmäßigen Indikatoren eine wichtige Abgrenzungsfunktion für Parteien und Orientierungshilfe für Wähler einnehmen.

### 1.6. Interesse beim Wahlvolk für Fragen des Zusammenlebens statt Politikverdrossen

Fragen, die im aktuellen Diskurs zur Messung des Wohlergehens zentral sind, z. B. wie wir zukünftig zusammenleben wollen, sind für eine große Zahl der Bürger von hohem Interesse. Wenn die politischen Akteure es vermögen, solche Debatten partizipativ zu gestalten, könnte im Ergebnis die Politikverdrossenheit abnehmen und sich wieder eine größere Anzahl von Menschen für politische Entscheidungen interessieren. Nationale Konsultationsprozesse zu Fragen wie »Was ist uns im Leben wichtig?« und »Wie kann Wohlergehen gemessen werden?« in Australien, Italien und im Vereinigten Königreich haben erste Wege zu solch einer breiten Partizipation an Fragen des gesellschaftlichen Fortschritts aufgezeigt.

Es ist zum Ende anzumerken, dass viele der in den nationalen Konsultationsprozessen hervorgebrachten Faktoren für menschliches Wohlergehen nur zum Teil im primären staatlichen Einflussbereich liegen, wie etwa Gesundheit und die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen. Auch wenn manche Staaten wie etwa Bhutan das Glück als Staatsziel in ihre Verfassung aufgenommen haben, kann es nicht vor Gericht eingeklagt werden. Eigenverantwortung und persönlicher Lebensstil bleiben deshalb (zum Glück!) von zentraler Bedeutung. Bei allen skizzierten möglichen Vorteilen des Diskurses kann die Politik am Ende also nicht vollständig haftbar gemacht werden für das Glück des Einzelnen im Sinne eines »Rundum-sorglos-Pakets«. Allerdings wird die Installation eines Indikatorensystems eine Debatte über das Verhältnis zwischen Individuum und Staat wieder neu entfachen. Im Idealfall werden dabei durchdachte Lösungen generiert, die Fragen des Gemeinwohls und der individuellen Verantwortung mit innovativen Strategien zu beantworten vermögen. Dies ist in wegweisender Art und Weise zum Beispiel der Fall im *Behavioural Insight Team*, welches die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie im Regierungsapparat des Vereinigten Königreiches zur Anwendung bringt (Dolan et al. 2010). Hier werden neue Wege gesucht, um eine *Choice Architecture* für individuelles Verhalten zu entwickeln, die unter Wahrung der

Eigenverantwortung das Erreichen allgemein als wünschenswert geltender Resultate und gesellschaftlicher Ziele wahrscheinlicher macht, wie zum Beispiel eine gesündere Lebensweise des Individuums und der damit verbundenen Kostenreduzierung im Gesundheitssektor für die Allgemeinheit.

## 2. Ein sozialdemokratisches Indikatorensystem?

Die genannten Mechanismen in Bezug auf politische Akteure sollen hier an einem Beispiel greifbarer gemacht werden, welches gleichzeitig einen konstruktiven Beitrag zur Debatte machen soll. Abschließend wird illustrativ untersucht, wie ein »sozialdemokratisches Indikatorensystem« aussehen könnte. Genauso gut kann (und wird hoffentlich in Zukunft auch) diese Übung für christlich demokratische, liberale, grüne oder linke Indikatorensysteme durchgeführt werden.

Die Frage der Indikatoren ist zugleich die Frage nach der Identität einer jeden Partei. Die Stiglitz-Kommission schreibt in ihrem Abschlussbericht in Bezug auf Indikatoren und politisches Handeln: »*What we measure affects what we do*« (Stiglitz et al. 2009). Diejenigen Maßzahlen, die wir ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit stellen, werden unsere Handlungen entscheidend anleiten. Die Anschlussfrage muss also lauten: *What does social democracy want to »get done«?* Wofür steht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands? Welche Resultate sind ihr am Wichtigsten? Die älteste parlamentarisch vertretene Partei des Landes beruft sich – auch wieder jüngst in ihrem Hamburger Programm von 2007 – auf die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ihr Markenkern besteht wohl am ehesten in der sozialen Gerechtigkeit und Mobilität. Der Aufstieg durch Bildung soll jedem Mitglied der Gesellschaft, gleich welcher sozialen Herkunft, ermöglicht werden.

Eine Philosophie, bei der sich viele entsprechende Schnittmengen finden, ist der *capabilities*-Ansatz des Nobelpreisträgers Amartya Sen. Nach Sen, dessen Theorie auch dem *Human Development Index* der Vereinten Nationen zu Grunde liegt, steht für die Lebensqualität im Zentrum, welche Befähigungen ein Mensch benötigt, um ein gutes, gelingendes Leben führen zu können. Die Politik sollte also für die Bürger entsprechende Lebensumstände herstellen, damit diese über die bestmöglichen



»Verwirklichungschancen« (*capabilities*) verfügen, um ihr Leben dann eigenverantwortlich und erfolgreich zu gestalten (Sen 1985).

In der Praxis können solche Verwirklichungschancen gewährt werden durch grundlegende finanzielle Ressourcen, aber auch durch den dafür notwendigen Zugang zu Bildung, erfüllender und gerecht entlohnter Arbeit sowie einem Gesundheitssystem, welches allen Mitgliedern der Gesellschaft offen steht. Abbildung 1 stellt ein solches menschenzentriertes Indikatorensystem dar. Es ist darüber hinaus wichtig, den Markenkern der politischen Strömung durch ein Prioritäten-*dashboard* zu verdeutlichen. Dieses Armaturenbrett enthält vier ausgewählte Indikatoren, die auf einen Blick die Hauptanliegen der Partei verdeutlichen. Im Falle der Sozialdemokratie kann dies sein: (1) die Einkommensverteilung als Indikator für soziale Gerechtigkeit, (2) die Aufstiegschancen innerhalb einer Gesellschaft als Ausdruck von sozialer Mobilität, (3) das Median Haushaltseinkommen als Maßzahl der finanziellen Ressourcen, (4) der Zugang zu Sinn stiftender Arbeit.

Selbstverständlich gäbe es, neben der gewählten Relation zwischen reichstem und ärmstem Fünftel der Bevölkerung, noch zusätzliche Maßzahlen, um zum Beispiel ein so komplexes Konstrukt wie das der sozialen Gerechtigkeit abzubilden. In den Debatten um Beitragsgerechtigkeit vs. Bedarfsgerechtigkeit, oder auch Chancengleichheit vs. Ergebnisgleichheit kommt dies zum Ausdruck. Es ist jedoch ein *trade-off* zwischen dem Um-

fang des Indikatorensystems und der Einfachheit in seiner Deutung zu beachten.

Der Aspekt der *Verteilung* ist in der Tat besonders zu betonen. Er ist als Ausdruck sozialer Gerechtigkeit sowohl explizit in Form der Einkommensverteilung (reichstes vs. ärmstes Fünftel), als auch als unterschwellige Querschnittsdimension der anderen Indikatoren (idealerweise aufgeschlüsselt nach sozio-demographischen Charakteristika) immer mitzudenken. Reine Mittelwerte zeichnen nämlich oft ein unzureichendes Bild des gesellschaftlichen Wohlergehens. Denn beispielsweise ein Wachstum des BIP pro Kopf sagt noch nichts darüber aus, wessen Einkommen gestiegen ist und ob womöglich ganze gesellschaftliche Gruppen regelrecht »abgehängt« werden. Zudem kommt es bei vielen Indikatoren zu »multiplen Deprivationen«, d. h. die Einzelfaktoren korrelieren hoch miteinander, denn Menschen mit schlechter Gesundheit zum Beispiel haben oft auch schlechte Jobs und wenig Einkommen.

Die hier im Entwurf als Diskussionsgrundlage aufgelisteten Indikatoren sollen also die Kernanliegen sozialdemokratischer Politik abbilden, wobei vier Prioritäten vorgeschlagen werden. Zum Großteil sind die Daten bereits verfügbar, wenn auch bislang nicht in jährlichem Rhythmus. Hier müsste entsprechend punktuell nachgebessert werden. Der Mensch und seine Lebenslage stünde mit einem solchen Ansatz im Zentrum der Politik.

Entwurf für ein »sozialdemokratisches Indikatorensystem«. Dargestellt sind jeweils Kernanliegen sozialdemokratischer Politik (fettgedruckt) mit Beispielindikatoren

4 Prioritäten			
1. Soziale Gerechtigkeit	2. Aufstiegschancen	3. Finanzielle Ressourcen	4. Zugang zu und Qualität von Arbeit
Einkommensrelation oberstes Fünftel vs. unterstes Fünftel der Gesellschaft	Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschluss	Median Haushaltseinkommen	Arbeitslosenquote, subjektive Arbeitszufriedenheit
<b>gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt</b> – zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Ausgrenzung, Kriminalitätsrate, Vertrauen in Mitmenschen, Nicht-Armutrisikoquote			
<b>Umweltschutz</b> – ökologischer Fußabdruck, Luftverschmutzung, Anteil erneuerbarer Energien			
<b>Gesundheit</b> – Lebenserwartung, subjektiver Gesundheitszustand, vorzeitige Sterblichkeit			
<b>Zugang zu und Qualität von Bildung</b> – Studierendenquote, Schulabbrecherquote, Fähigkeiten von Schülern nach OECD/PISA- Indikatoren			
<b>Wachsende Wirtschaft</b> – BIP pro Kopf			
<b>Gleichstellung</b> – Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen			
<b>Integration von Zuwanderern</b> – Anteil von Abiturienten unter Schulabsolventen mit Migrationshintergrund			
<b>Subjektives Wohlergehen</b> – Lebenszufriedenheit; das Gefühl, ein erfüllendes Leben zu führen (» <i>Eudaimonia</i> «)			



## Literatur

**Conseil d'Analyse Economique & Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (2010): *Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem*. Paderborn: Bonifatius.

**Dolan, P., Hallsworth, M., Halpern, D., King, D., & Vlaev, I.** (2010): *MINDSPACE – Influencing behaviour through public policy*. London: Cabinet Office and Institute for Government.

**Fujiwara, D., & Campbell, R.** (2011): *Valuation Techniques for Social Cost-Benefit Analysis: Stated Preference, Revealed Preference and Subjective Well-Being Approaches*. London: HM Treasury and DWP.

**Kroh, E.** (2011): The nitty-gritty of going beyond GDP. Abrufbar unter: <http://remappingdebate.org/article/nitty-gritty-going-beyond-gdp?page=0,4>

**Kroll, C.** (2011a): *Wie wollen wir zukünftig leben? Internationale Erfahrungen bei der Neuvermessung von Fortschritt und Wohlergehen*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Kroll, C.** (2011b): The greatest happiness principle – an imperative for social democracy? In H. Meyer & J. Rutherford (Eds.), *Towards the good society. The future of European social democracy*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

**Sen, A.** (1985): *Commodities and Capabilities*. Oxford: Oxford University Press.

**Stiglitz, J. E., Sen, A., & Fitoussi, J.-P.** (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris.

**Wagner, G. G.** (2011): *Anmerkungen zur Organisation der Erstellung eines ganzheitlichen Fortschritts-Indikators*. Berlin: Deutscher Bundestag.



## Über den Autor

**Christian Kroll** forscht an der London School of Economics über *Happiness*, Sozialkapital und Lebensqualität. Er ist außerdem Mitglied des britischen Expertengremiums zur Messung des nationalen Wohlergehens, der *Technical Advisory Group*. Seine weiteren Veröffentlichungen sind einsehbar unter [www.christiankroll.eu](http://www.christiankroll.eu).

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN: 978-3-86872-891-0